

Liebe Mitmenschen,

Ich freue mich, im Namen von ICAN – der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen – zum diesjährigen Hiroshima-Gedenktag zu Euch und Ihnen zu sprechen. Ich danke zugleich allen, die an der Organisation der Veranstaltung beteiligt waren.

Vom 21. bis 23. Juni diesen Jahres fand in Wien die erste Vertragsstaatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag statt. Dieser Vertrag ist im Januar 2021 in Kraft getreten und inzwischen von 66 Staaten ratifiziert worden. Er sieht die weltweite, vollständige Abschaffung aller Kernwaffen vor. Niemand, der diesem Vertrag beigetreten ist, darf Atomwaffen entwickeln, produzieren, testen, erwerben, besitzen oder lagern. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Verbote unter allen Umständen und dauerhaft einzuhalten. Das Inkrafttreten dieses Vertrages ist ein Erfolg der weltweiten Friedensbewegung.

Die neue Bundesregierung hat sich an der ersten Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag als Beobachterin beteiligt. Das ist ein kleiner Fortschritt, hat doch die CDU-geführte alte Regierung die Vertragsverhandlungen komplett boykottiert. Dennoch lehnt auch die jetzige Regierung – wie alle anderen NATO-Staaten – den Beitritt zum Vertrag ab. Damit stellt sie sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung im eigenen Land. 82 % der Bundesbürger\*innen fordern laut einer repräsentativen Umfrage vom April vergangenen Jahres den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. Über 600 Abgeordnete aus dem Bundestag und den Länderparlamenten, alle 16 Landeshauptstädte, vier Bundesländer und über 140 Städte – darunter auch Marburg – haben die Bundesregierung zur Unterzeichnung des Vertrages aufgerufen.

Es besteht kein Zweifel: Wenn die Mehrheit der Staaten, vor allem die Atommächte dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten würden, würde die Welt von einer großen Gefahr befreit sein. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Im Gegenteil: Heute bedrohen uns weltweit noch immer rund 13.000 Nuklearwaffen! Viele davon sind sofort einsatzbereit. Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren. Friedensforscher\*innen warnen vor einem neuen nuklearen Wettrüsten.

Die Bundesregierung will neue Trägerflugzeuge für den Transport neuer, zielgenauerer US-Atombomben anschaffen. Die Bomben lagern auf einem Fliegerhorst der Bundeswehr in Büchel bei Koblenz. Sie sind Bestandteil der sogenannten „nuklearen Teilhabe“ in der NATO, die die Bundesrepublik zu einer aktiven Beteiligten eines Atomkrieges machen würde.

Die geplante Anschaffung von F-35 Kampffjets kostet Steuergelder im zweistelligen Milliardenbereich und dreht heftig an der Aufrüstungsspirale. Der Abwurf einer einzigen Atombombe aus Büchel würde unermessliches Leid und Zerstörung bedeuten. Besonders bedrückend: Die deutschen Flugzeuge

könnten für einen atomaren Ersteinsatz ausfliegen und die Bomben über europäischem Boden abwerfen.

Der heutige Gedenktag steht auch im Zeichen des Krieges in der Ukraine, der die Gefahr eines Atomkrieges wieder näher in das Bewusstsein gerückt hat. Denn durch den Angriff Russlands auf die Ukraine und die sich zuspitzenden Spannungen zwischen den Atommächten, ist die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes so hoch wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Die NATO hat auf ihrem jüngsten Gipfel das Konzept der nuklearen Abschreckung als Rückgrat ihrer Militärstrategie bestätigt. Das aber ist ein Spiel mit dem Feuer. Denn Abschreckung ist nur dann wirksam, wenn sie glaubhaft ist. Mit anderen Worten: Eine Drohung bleibt eine leere Drohung, wenn dahinter nicht die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen steht.

Einen Atomwaffeneinsatz oder gar einen Atomkrieg gilt es unter allen Umständen zu verhindern! Auch 77 Jahre nach dem Abwurf der Atomwaffen auf Hiroshima und Nagasaki ist der Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt leider immer noch existenziell.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten,
- den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen,
- die Genehmigung zur Lagerung von Atomwaffen in Büchel zu widerrufen,
- auf die atomare Bewaffnung neuer Kampfflugzeuge zu verzichten und
- eine Politik der Friedenslogik und der kooperativen Sicherheit einzuleiten und damit die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen.

Ich danke Euch und Ihnen für die Aufmerksamkeit.